

D21-Kongress Geoinformationswirtschaft 2002

Ergebnisse des Workshops e-Government

Es ist das hervorzuhebende Verdienst der Kongressveranstalter, die hierzulande bisher weitgehend getrennt verlaufende Diskussion von e-Government und Geoinformationswirtschaft in diesem Workshop zusammengebracht zu haben. Offenbar muss eine Art „kultureller Graben“ zwischen Ingenieur- und Verwaltungsdisziplinen immer noch überbrückt werden. Das darf kein Dauerzustand sein, denn Geodaten müssen ebenso Teil von e-Government werden wie e-Government für die Geoinformationswirtschaft bedeutungsvoll ist, etwa was die Existenz- und Qualitätssicherung von Geodaten durch Staat und Verwaltung anbelangt.

e-Government als derzeitige Phase der Automationsunterstützung der Datenverarbeitung im öffentlichen Sektor versucht insbesondere, das grenzüberschreitende Potential der heutigen Informationstechnologien – nicht zuletzt der Internettechnologien – für eine Optimierung behördenübergreifender Daten- und Kommunikationsbeziehungen zu nutzen.

Geodaten stellen hierfür eine hervorragende, wenngleich noch zuwenig praktisch eingesetzte Basis, weil sie raumbezogene Daten über Behördengrenzen hinweg zusammenbringen helfen. Das zieht positive Wirkungen in mehreren Bereichen nach sich, etwa:

- Systematisierung und Rationalisierung der Datenbestände und Geschäftsprozesse im öffentlichen Sektor, sodass Wissen in den zahlreichen und äußerst vielfältigen Teilen der öffentlichen Verwaltung über Geodaten zusammengebracht und besser genutzt werden kann.

- Öffnung der öffentlichen Verwaltung durch Online-Kommunikation als neuer Schnittstelle für moderne Dienstleistungen und Bürgerservice sowie für Partizipation, etwa bei Beteiligungsverfahren.
- Anhebung der Entscheidungsqualität, weil das dynamische Geschehen und seine räumliche Verteilung in praktisch sämtlichen öffentlichen Aufgabenbereichen so besser erkennbar, anschaulich darstellbar, analysierbar und gestaltbar wird.
- Effektiverer Verwaltungsvollzug, zum Beispiel wenn die Finanzbehörden mittels abgerufener Liegenschaftskarte besser die Konsistenz von Grundeigentum und Steuererklärungen überprüfen können.

Die Diskussion im Workshop e-Government profitierte von zwei konkreten, bereits realisierten und ermutigenden Beispielen für eine integrierende Sicht auf Geoinformationswirtschaft und e-Government:

- Diplom-Ingenieur Hagen Graeff, Erster Baudirektor, Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Bau und Verkehr, Leiter des Amtes für Geoinformation und Vermessung, sprach über „Geodaten – Ein Baustein im hamburgischen E-Government-Fahrplan“.
- Werkleiter Peter Klinger, Chef des Hagener Betriebs für Informationstechnologie, Stadt Hagen, sprach über „Geo-Daten im Virtuellen Rathaus Hagen – ein Praxisbericht“.
- Hinzu kam als Diskussionsbeitrag ein Statement von U. Schaaf über „interact – Vorgehensmodell für das Genehmigungs-Management im Internet“, im Pilotverfahren beim Umweltamt der Stadt Köln.

Danach gibt es eine Vielzahl von (und ein zunehmendes Interesse für) online zur Verfügung stehenden Karten, Luftbilder, Kataster, Pläne und Geofachdaten sowie bereits erste realisierte Online-Transaktionen (Auskunft aus Liegenschaftskarte und -buch, Einwohnermeldekurzauskunft etc. einschließlich Identitätsprüfung, Verschlüsselung der Übertragung und digitaler Gebührenbezahlung). Im Falle Hagen wurden einige davon „live“ demonstriert. Beide Anwendungsfelder zeichnen sich durch gezielte Einbettung in eine behördenübergreifende e-Government-Strategie aus.

Klar wurde, dass ein deutlicher Anfang gemacht, aber noch ein weiter Weg zurückzulegen ist. Insbesondere die Internettechnologien stehen für das Ende vieler informationstechnischer Probleme, aber gerade deshalb für den Beginn vieler organisatorischer, rechtlicher, personeller oder finanzieller Probleme. Einige davon, die in Vorträgen und der Diskussion angesprochen wurden, werden nachfolgend genannt (nur soweit sie nicht auch schon in den vorausgegangenen Plenarveranstaltungen ausführlicher angesprochen worden waren):

- Die Überprüfung von Zugriffsberechtigungen bereitet trotz digitaler Signatur dann immer noch Probleme, wenn, etwa bei Namensredundanz, eine eindeutige Identifizierung von Personen nicht möglich ist; Weiterentwicklungen zu einem „digitalen Ausweis“ sind angedacht, aber noch nicht abgeschlossen.

- Rechtsbereinigungen und -novellierungen sind nötig, um die neuen Technologien besser nutzen zu können.
- Hindernisse im Personalbereich liegen darin, dass Zusatzpersonal für die Erarbeitung neuer Lösungen kaum zur Verfügung steht und zum andern die Mitarbeiterqualifikation häufig noch nicht die Nutzung des GIS-Potentials einschließt.
- Sicherheitsbedenken stehen der Bereitstellung von Geodaten in einer „demilitarisierten Zone“, also außerhalb von Intranets, noch entgegen.
- Auszüge aus Katastern, Plänen etc. sind solange nicht amtlich, wie sie nicht mit elektronischen Wasserzeichen versehen werden können.
- Daneben haben die „Pioniere“ mit mancherlei Alltagsproblemen zu kämpfen (darunter die Unterschiedlichkeit von GIS, auch innerhalb derselben Gebietskörperschaft), sammeln so aber Erfahrungen, die der gesamten Verwaltung zugute kommen werden.

Auch die Einbeziehung von Geodaten zeigt damit, dass e-Government in seiner Entwicklung einer Reihe von Einflussfaktoren unterliegt, die Geduld und Zeit erfordern. Das war bei anderen Formen technischen Fortschritts nicht anders. Zu diesen Einflussfaktoren gehören der sich ständig verändernde Informationstechnologiekomplex, die dadurch ermöglichten neuen Verwaltungsformen und Geschäftsmodelle, die sich aber in Einstellungen und Erwartungen der Informationsgesellschaft einzufügen haben (wie Transparenz des Verwaltungshandelns, Partizipationsmöglichkeit, professionelle, also effiziente und wirksame Aufgabenerfüllung etc.) und die durch eine Vielzahl von Komplementärmaßnahmen organisatorischer, rechtlicher, personeller oder finanzieller Natur abzustützen sind. Gerade in einem e-Government sind dabei auch die besonderen Eigenschaften von politischen Entscheidungsprozessen im föderalen Staat mit kommunaler Selbstverwaltung und parlamentarischer Demokratie in Rechnung zu stellen, also als Bestandteile von Geographischen Informations-„Systemen“ zu erkennen, wenn man nicht Gefahr laufen will, systematisch über „Nicht-Systeme“ zu diskutieren.

Wir sind mit e-Government am Anfang, aber auf gutem Wege, wenn – wie in beiden Vorträgen der Fall – explizit einer e-Government-Strategie gefolgt wird, mit einer Bestandsaufnahme der relevanten Daten und Verfahren, mit deren Neuausrichtung auf jetzt ermöglichte neue Geschäftsmodelle, wie sie Staat und Verwaltung in der Informationsgesellschaft entsprechen, mit ausdrücklicher Rückendeckung durch Politik und Verwaltungsführung sowie mit Umsetzungsplänen, die konkrete Ziele und Finanzierungskonzepte enthalten.

Mittelfristig wurde in e-Government ein Motor erkannt, der

- die Integration von Geoinformation in die Verwaltungs-Informationssysteme voranbringen wird (und damit, wie es ein Teilnehmer ausdrückte, „vom geozentrischen Weltbild“ abrückt)
- die Förderung der Geoinformationswirtschaft ihrerseits als öffentliche Aufgabe im Rahmen von e-Governance ansieht.

